



Freihandels- und Investitionsabkommen (CETA und TTIP) stoppen Gefahr für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

Willy Welti, Birkenau, BUND Bergstrasse
16. Juli 2015

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

TTIP – Worum geht es?

Seit Juni 2013: EU und USA verhandeln über
Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)
Das Abkommen mit Kanada CETA ist „unterschriftsreif“

Schöne Ziele:

Förderung des transatlantischen
Handels durch

... Senken von Zöllen

... Abbau „nicht-tarifärer
Handelshemmnisse“

... erleichterten Marktzugang

... Investitions-Schutz

TTIP – Kritikpunkte

- Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Transparenz fehlt.
 - Falsche Versprechen über Wirtschaftsvorteile
 - Hauptsächlich Wirtschaftslobby ist an Verhandlungen beteiligt und begünstigt.
 - Umwelt- und Verbraucherverbände wurden kaum beteiligt.
 - Absenkung des Umwelt- und Verbraucherschutzes möglich
 - Demokratie gefährdet, da Parlamente umgangen werden
 - Geheime Schiedsgerichte können Staaten verklagen
 - Hohe Schadensersatzforderungen, zahlt der Steuerzahler
 - Behindert Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards
 - Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen wird begünstigt
- usw.

TTIP und CETA dienen hauptsächlich der Profitgier von Konzernen

- ➔ Die Verhandlungen und die Ergebnisse waren bisher geheim. Sogar der TTIP-Vertreter des EU-Parlaments hat sich beschwert.
- ➔ Zu 95 % verhandeln Vertreter von Konzernen
- ➔ Die Vertragtexte sind sehr umfangreich und für Laien und Politiker kaum zu durchblicken.

“CETA stärkt international tätige Großkonzerne und schwächt die Demokratie. Das Abkommen erschwert es der Bevölkerung und der Politik, sich gegen gefährliche Technologien wie Fracking oder Bergbau mit Zyanid zu wehren und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.”

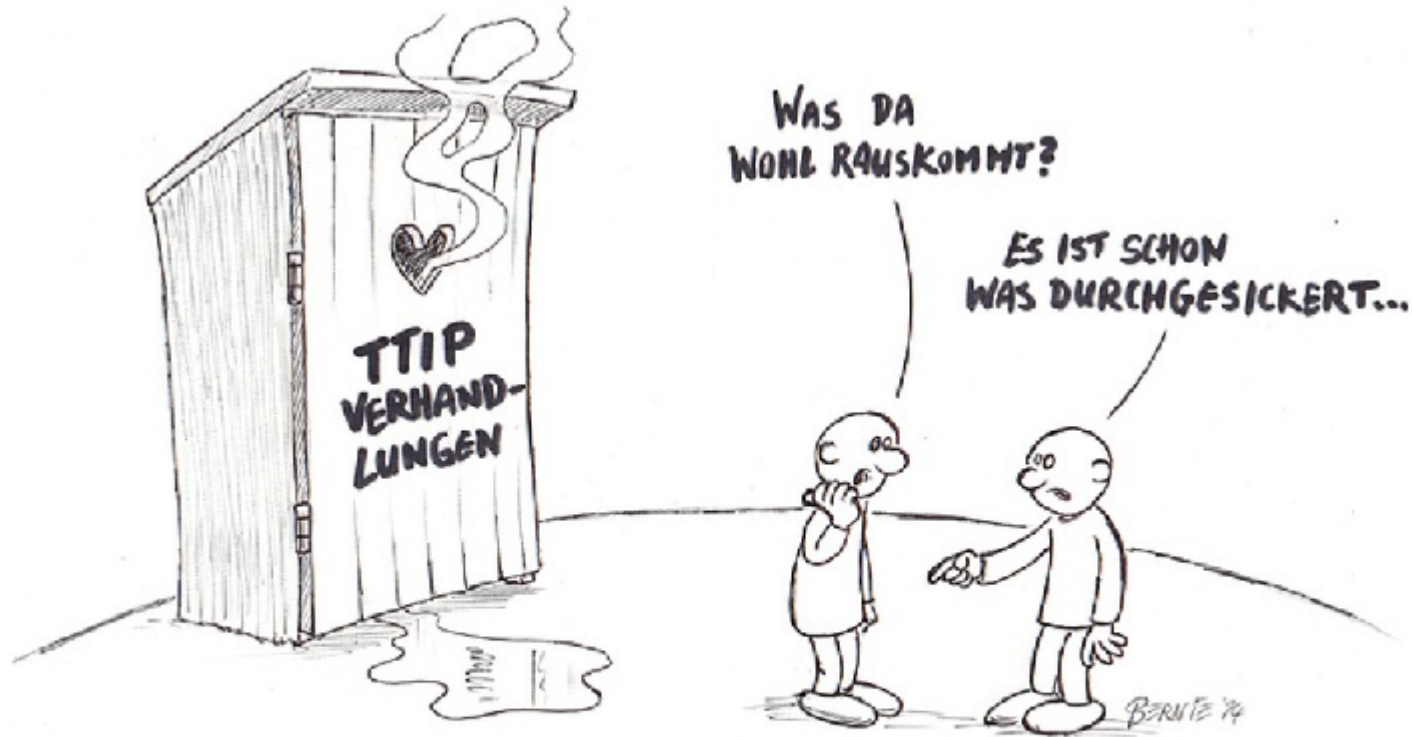
Zitat aus dem Flyer “Raubbau ohne Grenzen”,
Umweltinstitut in München

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Geheimverhandlungen (Quelle: Attac)



Geheimverhandlungen (Quelle: Attac)



HINTER VERSCHLOSSENER TÜR

12. September 2014, 11:27 Uhr Freihandelsabkommen mit den USA

EU-Kommission stoppt Bürgerinitiative gegen TTIP

Mit einer Europäischen Bürgerinitiative wollten Gegner das Freihandelsabkommen mit den USA verhindern. Die Kommission hat die Kampagne nun abgelehnt. Mit einer fadenscheinigen Begründung, wie die Initiatoren sagen.



SELBSTORGANISIERTE EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE GEGEN TTIP UND CETA

WIR SAMMELN
BIS
OKTOBER 2015

HANDELSABKOMMEN GEMEINSAM STOPPEN

2,327,926 Teilnehmer/Innen

2,500,000

2,327,926

TTIP und CETA sind eine Gefahr für
Demokratie, den Rechtsstaat, Umwelt-,
Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz

UNTERZEICHNEN

10. Juli 2015

Bürgerbefragung durch EU

EU-Kommission befragte die Öffentlichkeit zum Freihandelsabkommen mit den USA .

Das Verfahren war für den Normalbürger abschreckend!



- ➔ Trotzdem haben sich fast 100.000 Menschen an dem öffentlichen **Konsultationsverfahren der EU** zum Investitionsschutz-Kapitel im transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP beteiligt.
- ➔ Der damals verantwortliche **EU-Handelskommissar Karel de Gucht** nannte die massenhafte Beteiligung am Konsultationsverfahren in der WirtschaftsWoche "**eine regelrechte Attacke**". Diese Reaktion zeigt, dass das Verfahren lediglich als Beruhigungspille für die Medien gedacht war.

**EU-Handelskommissar diffamiert
Bürgerbeteiligung als "Attacke"**

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Falsche Versprechen; so ködert man uns:

**TTIP schafft Wirtschafts-Wachstum,
Wohlstand und Arbeitsplätze.**



Laut einer Untersuchung von Forschern des Ifo-Instituts für die Bertelsmann-Stiftung:

Durch eine tiefe Liberalisierung werden
circa **181.000 neue Stellen in Deutschland** geschaffen,
in den USA über eine Million“.

Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen:
„Deutschen winkt **Lohn-Plus von 5 Prozent**“

<http://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/ttip-bestimmt-gut-fuer-manager/>

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Peinliche Korrekturen, Zahlen sind falsch:



TTIP: Doch nicht so viel Wohlstand

Die Befürworter von TTIP müssen sich korrigieren. Die von der EU-Kommission und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) veröffentlichten Zahlen zum angeblichen Wirtschaftswachstum durch TTIP sind falsch. Von einem jährlichen Wachstum von 119 Mrd. Euro war die Rede. Allerdings: In der zitierten Studie finden sich diese Zahlen nicht.

[Mehr...](#)



Brüssel hat auf die Kritik reagiert und die umstrittenen Prognosen im Internet zum Teil ganz entfernt oder relativiert.

Neue verheerende Prognose:

Studie der **Tufts University** MA USA unter Verwendung des anerkannten Global-Policy-Modells der Vereinten Nationen,

- **Verluste bei Nettoexporten**
- **Verlust von Arbeitseinkünften**
- **rund 600.000 Arbeitsplätze würden
in der EU verloren gehen**
- **Verlust von Staatseinnahmen**
- **erhöhte finanzielle Instabilität**

http://ase.tufts.edu/gdae/Pubs/wp/14-03CapaldoTTIP_GR.pdf

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Kaum Nutzen, schlechte Erfahrungen

- Prognose: Jährliches **Wachstum von lediglich 0,05 Prozent** in der EU unter günstigen Bedingungen
- Ob versprochenes Wachstum Haushalte erreicht, ist völlig unklar
- Bestehende Freihandelsabkommen sprechen eine andere Sprache:



Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und die USA:
Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr



Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen
den USA, Kanada und Mexiko: Sinken der Löhne in den
USA und Kanada

Teilerfolge der Proteste gegen TTIP und CETA

- ➔ Auf Kritik wurde reagiert, Fehler wurden eingestanden.
- ➔ TTIP Verhandlungstexte wurden im Internet veröffentlicht, zum Teil aber nur in Englisch.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1230>

BUND-Kritik:

TTIP-Vertragstexte wurden nicht veröffentlicht und auf die kommt es an!

Teilerfolge der Proteste gegen TTIP und CETA

➔ In der Präambel von CETA wird festgehalten, dass die EU und Kanada sich das recht vorbehalten legitime politische Ziele zu verfolgen wie Gesundheitsvorsorge, Umweltschutz, öffentliche Moral und Förderung und Schutz der kulturellen Vielfalt

BUND-Kritik: Präambeln haben keine rechtliche Wirkung!
Lediglich Absichtserklärungen!
CETA ist seit 14.8.2014 ausverhandelt

➔ ISDS (Schiedsgerichte) - Missbrauch soll vorgebeugt werden. Zum Beispiel sind Briefkasten-Firmen oder Unternehmen-Umorganisationen um vor ISDS-Gerichte gehen zu können in CETA verboten. Alle Gerichtsdokumente sind müssen öffentlich sein. Nichtregierungs-Organisationen haben Beschwerderecht.

BUND-Kritik: TTIP-Vertragtexte sind nicht veröffentlicht.

Versprechungen der neuen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström

vom 8. Juli 2015

[Legal notice](#) | [Contact](#) | [Sitemap](#) | [Search](#) | [Accessibility](#)



The screenshot shows the European Commission's Trade website. At the top, there is the European Commission logo and the word 'TRADE'. Below this is a navigation bar with the path: European Commission > Trade > Policy > Countries and regions > Countries > United States. A sidebar on the left lists various trade-related categories: Trade, Policy, Import and export rules, Trade policy and you, Consultations, Dialogues, and Objectives. The main content area is titled 'News' and features a news item from 'UNITED STATES' dated 'Brussels, 8 July 2015'. The headline of the news item is 'Statement by EU Trade Commissioner Cecilia Malmström on the European Parliament's vote on the TTIP resolution'.

- Das alte ISDS sollte und kann in TTIP nicht wiederverwendet werden
- TTIP wird in keiner Weise öffentliche Dienstleistungen berühren und
- es wird in keiner Weise die Macht von EU- oder nationalen Parlamenten unterminieren.
- TTIP wird die EU-Kerngesetzgebung nicht untergraben, auf Gebieten wie Nahrungsmittelsicherheit und Umweltschutz.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

8. Juli 2015: Europäisches Parlament genehmigt Empfehlungen an die Europäische Commission für TTIP mit 436 gegen 241 Stimmen und 32 Enthaltungen

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1350>

Die nicht bindende Resolution besteht aus den Leitlinien des Europäischen Parlamentes an die EU-Kommission, die TTIP verhandelt.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

8. Juli 2015: Europäisches Parlament genehmigt Empfehlungen an die Europäische Commission für TTIP mit 436 gegen 241 Stimmen und 32 Enthaltungen

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1350>

Was heisst das?

- die TTIP-Verhandlungen der EU-Kommission werden fortgesetzt
- die neuen EU-Positionen sollen berücksichtigt werden

- es ist unsicher ob die neuen EU-Positionen durchgesetzt werden können
- es verhandeln dieselben Leute, die kritisiert wurden!
- es wird schwieriger Fallstricke und Hintertürchen zu finden

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Versprechungen der neuen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström

vom 8. Juli 2015

BUND-Kritik: Täuschungsmanöver!

Die Versprechungen mögen gut gemeint sein, haben aber keine juristische Grundlage:
Internationales Recht (TTIP) steht über EU-Recht.
Damit werden Parlamente entmündigt!

Die wirtschaftlichen Nachteile für Entwicklungsländer werden verschwiegen oder verharmlost. Noch mehr Flüchtlinge??

Ohne Zustimmung der Parlamente kann das TTIP-Abkommen vorläufig aber rechtskräftig in Kraft gesetzt werden!

Für CETA (Freihandelsabkommen mit Kanada) gibt es keine neuen Verhandlungen!

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Handelshemmnisse sollen abgebaut werden

(Quelle: Attac)



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Handelshemmnisse sollen abgebaut werden

Beispiel aus den neuen TTIP Verhandlungstexten (übersetzt):

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1230>

Die **Kennzeichnungspflicht von Waren** soll auf das Wesentliche begrenzt werden, so dass der Handel möglichst wenig gehemmt wird.

BUND-Kritik:

Wer bestimmt was wesentlich ist??

Gentechnik? Wachstumshormone? Bio-Qualität?

Fairer Handel? Herkunft?

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

ISDS – der Rechtsstaat wird ausgehebelt

Investitionsschutz: Investoren könnten bei geplanten Gesetzen/Reformen (z.B. im Umwelt- oder Verbraucherschutz) auf Entschädigung wegen entgangener Gewinne klagen

➔ Nationaler Rechtsweg kann umgangen werden

➔ Entschieden würde hinter verschlossenen Türen, von internationalem Tribunal

➔ Tribunal besteht aus Anwälten, die in anderen Prozessen als Anwälte für Unternehmen auftreten - Interessenkonflikte sind vorprogrammiert

➔ Der Schiedsspruch ist verbindlich, keine Berufung möglich



www.stockvault.net _Geoffrey Whitley

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

CETA und TTIP sind grundgesetzwidrig!

- ➔ Nach Artikel 20 Absatz 3 GG ist die Gesetzgebung „an die verfassungsrechtliche Ordnung, die vollziehende Gewalt, und die Rechtsprechung an Gesetz und Recht gebunden“, an mehr aber nicht!
- ➔ Das BVerfG betont immer wieder, dass der deutschen Staatsgewalt, die sich an das GG und die Gesetze hält, ihre volle Handlungsfreiheit belassen werden muss.
- ➔ Die Freiheit von Fremdbestimmung wird auch durch das demokratische Prinzip gefordert (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Der deutsche Staat erhält seine Legitimität nur aus der Verfassung und vom Volk durch Wahlen und Abstimmungen. **Wir wollen keine fremden Richter!**
- ➔ Die Aushöhlung des Wahlrechts berechtigt jeden Bürger zur **Verfassungsbeschwerde** beim BVerfG.

Quelle:

Axel Flessner, Univ.Prof. i.R., Dr. iur.,
Mitglied bei Mehr Demokratie e.V.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Investitionsschutz – Missbrauch in Deutschland

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

Seit 1960 wurden 1400 Investitionsschutz-Abkommen geschlossen. Unbemerkt von der Öffentlichkeit !

Beispiele für Klagen:

- Die Klage des schwedischen Energiekonzerns **Vattenfall** gegen den Atomausstieg in Deutschland kommt den Steuerzahler teuer zu stehen... Vattenfall klagt wegen der Stilllegung der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel auf **4,7 Milliarden Euro Schadenersatz**.
... für das Schiedsgerichtsverfahren aus dem Bundeshaushalt bisher Ausgaben in Höhe von etwa 4,1 Millionen Euro (Stand: 4. März 2015)

Investitionsschutz – Missbrauch in Deutschland

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/private-schiedsgerichte-verfahren-ttip-deutschland-europa-aerger>
Zeit Online vom 2. April 2015

Wie viel eigenständige Politik ist noch möglich, wenn Unternehmen Staaten vor geheime Schiedsgerichte zerren dürfen? Oft nur wenig, wie ein Fall aus Deutschland zeigt.

- Vattenfall klagt gegen Umweltauflagen

Schon als Vattenfall sein **Kraftwerk Moorburg in Hamburg** plante, sorgte das für viel politischen Ärger. Die Grünen versprachen damals im Wahlkampf, dass sie, für strenge Umweltauflagen sorgen würden. Als sie dann mit der CDU regierten, setzten sie ihr Versprechen auch um. Doch das Unternehmen war damit nicht einverstanden und klagte. Allerdings nicht vor einem deutschen Gericht, sondern vor dem privaten Schiedsgericht ICSID in Washington. Die Klage richtete sich gegen die Bundesrepublik, weil der Konzern seine Investitionen gefährdet sah.

In der vergangenen Woche eröffnete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Dass Hamburg gegen die EU-Richtlinie verstoßen hat, ist Folge eines sogenannten Investor-Staat-Schiedsverfahrens.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Investitionsschutz – Missbrauch international

- **Der Bergbaukonzern Lone Pine Resources verklagt Kanada** vor einem internationalen Schiedsgericht wegen einem Fracking-Moratorium am St. Lawrence-FlussLone Pine Resources verklagt Kanada vor einem internationalen Schiedsgericht wegen einem Fracking-Moratorium am St. Lawrence-Fluss auf 250 Mio. USD Schadenersatz

Protest gegen Fracking in Quebec, 350.org, CC BY-NC-SA 2.0



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Investitionsschutz – Missbrauch international

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

- Ägypten wird wegen Einführung eines Mindestlohns verklagt.

Der französische Konzern Veolia hat auf Grundlage eines 1974 verabschiedeten Investitionsschutzabkommens Klage gegen ein ägyptisches Arbeitsmarktgesetz eingereicht, das auch einen Mindestlohn beinhaltet. Streitwert: 82 Mio. US\$.

<http://wolf-im-freihandelspezl.tumblr.com/post/70955895362/aegypten-wegen-einfuehrung-eines-mindestlohn>

- Rumänien wegen Streichung von Subventionen von Investor verklagt

Rumänien war vom ICSID-Schiedsgericht in Washington 2013 zu einer Strafe von rund 250 Millionen Dollar verurteilt worden. Diese Summe soll das Land an die Micula-Brüder zahlen, weil es ihnen ursprünglich zugesagte Subventionen wieder gestrichen hatte. Beendet worden war der staatliche Geldsegen auf Druck der EU-Kommission, die das Streichen von Subventionen zu einer Voraussetzung für den Beitritt Rumäniens zur EU gemacht hat.

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/ttip-freihandel-ceta>

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Investitionsschutz – Missbrauch international

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

- **Bolivien wird von der Weltbank gedrängt das Wasser zu privatisieren. Proteste der Bevölkerung vertreiben den Konzern. Dieser fordert von Bolivien vor einem Schiedsgericht 50 Mio US-Dollar für entgangenen Gewinn!**
- **Chevron verklagte Ecuador auf Grundlage eines bilateralen Investitionsabkommens, weil Chevron zuvor von ecuadorianischen Gerichten wegen massiver Umweltverschmutzung zu 9,5 Milliarden Dollar Schadenersatz verurteilt worden war.**

Viele Weitere Fälle findet man bei ATTAC!

<http://wolf-im-freihandelspelz.tumblr.com/post/68804966060/investitionsschutz-ein-schoenes-wort-fuer-den>

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Investitionsschutz (ISDS) - neue EU-Position: Missbrauch soll jetzt vorgebeugt werden.

- ➔ Briefkasten-Firmen oder Unternehmen-Umorganisationen zum Zweck vor ISDS-Gerichte gehen zu können sind in CETA verboten.
- ➔ Alle Gerichtsdokumente sind müssen öffentlich sein.
- ➔ Nichtregierungs-Organisationen haben Beschwerderecht.
- ➔ Unternehmen, die verlieren müssen alle Gerichtskosten bezahlen, auch die Kosten des beklagten Staates. Dies soll unbegründete Klagen uninteressant machen.
- ➔ Berufung soll möglich sein.
- ➔ Gleichzeitige Klagen vor nationalen Gerichten und ISDS-Gerichten sind nicht erlaubt. (Bei den meisten bisherigen Abkommen ist dies möglich!)

All dies ist bisher nicht der Fall!

Welche Bereiche sind von TTIP betroffen?

- Landwirtschaft (Gentechnik, Pestizide, Fleischerzeugung/ Tierschutz)
- Chemikalienpolitik
- Klimaschutz, Energiepolitik
- Öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Kultur
- Öffentliche Beschaffung
- Schutz geistigen Eigentums
- Finanzdienstleistungen
- Datenschutz
- Entwicklungspolitik?
- ...

Bereich Landwirtschaft/Lebensmittelerzeugung

Gefährdung bestehender Tier- und Verbraucherschutzstandards:

USA	EU
<p>Klonen von Nutztieren erlaubt, keine Kennzeichnung</p>	<p>Kein Klonen, aber Import von Klonnachkommen?</p>
<p>Wachstumsförderung durch Antibiotika, Futterzusätze, Hormone erlaubt, üblich (z.B. Ractopamin)</p>	<p>→ Verboten</p>
<p>Desinfektion mit Chlor/ Milchsäure erlaubt und üblich</p>	<p>→ Chlorbehandlung verboten; Desinfektion mit heißem Wasser</p>
<p>Tierhaltung: Legebatterien, Kastenhaltung von Sauen erlaubt</p>	<p>→ Verboten</p>



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

 **BUND**

FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Nahrungsmittelsicherheit und Gesundheit von Pflanzen und Tieren

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

Vorwurf:

TTIP führt zu einer geringeren Nahrungsmittelsicherheit in der EU,
Da die EU strengere Vorschriften hat als die USA.
Es kommt zu einem Wettlauf nach unten.

EU Antwort:

Es stimmt nicht, dass die EU-Vorschriften immer strenger sind.
Die USA und die EU haben klar gemacht, dass mit TTIP bestehende **Sicherheitsvorschriften nicht geändert** werden. Die EU wird die Einschränkungen für Hormone und Wachstumsförderer beibehalten genauso wie die USA ihre Regeln für mikrobielle Verunreinigungen beibehalten wird.

Pestizide – neue EU Position

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

1. Gesundheit und Umwelt

Vorwurf:

TTIP könnte die EU-Grenzwerte aufweichen

EU Antwort:

TTIP respektiert die EU-Pestizid-Standards und behält die Pflanzenschutzrichtlinien bei. Die Schutzniveaus bei Gesundheit und Umwelt sollen beibehalten werden.

BUND-Kritik:

Die Pestizid-Standards sind unzureichend. Das Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt und muss erhöht werden, z.B. ist Glyphosat zugelassen obwohl es wahrscheinlich krebserregend ist.

Über neue Pestizide wird gar nichts gesagt??



Man muss zwischen den Zeilen lesen!

Pestizide – neue EU Position

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

2. Gift-Rückstände in Lebensmitteln

Vorwurf:

TTIP könnte höhere Rückstände erlauben

EU Antwort:

TTIP wird die Sicherheitsstandards für Pestizidrückstände nicht erniedrigen und den Verkauf von US-Produkten nicht erlauben wenn sie die Standards nicht einhalten.

BUND-Kritik:

Das ist eine Irreführung! Neu vorgeschlagen wurde, dass die Richtwerte des Codex Alimentarius anstatt der EU-Grenzwerte zur Anwendung kommen. Diese Werte sind oft bis zu 3-mal höher!

Pestizide – neue EU Position

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

3. Hormonaktive-Substanzen

Vorwurf:

TTIP könnte die Regulierung von hormon-aktiven Substanzen stoppen. Damit könnten gewisse Pestizide zugelassen werden, die sonst verboten würden.

EU Antwort:

TTIP wird die Regulierung von hormon-aktiven Substanzen nicht stoppen. Die EU wird auf der Linie der jetzigen Regulierung bleiben.

BUND-Kritik:

Durch die **regulatorische Kooperation** können im Nachhinein durch Konzerneinflüsse ohne Parlamentsbeteiligung neue Verordnungen im Stillen durchgesetzt werden.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Bereich Gentechnik

USA

Behörden nehmen Gentech-Zulassungsanträge i.d.R. nur zur Kenntnis. Vertrauen dabei auf Angaben des Herstellers

Keine Kennzeichnung

Keine Sicherheitsabstände nötig für Felder mit und ohne

EU

Zulassungsverfahren. Umweltauswirkungen und gesundheitliche Effekte werden (wenn auch unzureichend) beurteilt

Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel. Ausnahme: Tierische Produkte (Milch, Fleisch und Eier), die über Verfütterung von Gentech-Pflanzen erzeugt worden sind.

Abstandsregelungen (nach Mitgliedstaat unterschiedlich)



Agrarkonzerne auf beiden Seiten des Atlantiks wollen TTIP nutzen, um ungeliebte Gentechnik-Gesetzgebung der EU in ihrem Sinne zu ändern

➔ Beschleunigte Zulassungsverfahren, Abschaffung der Kennzeichnung

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Gentechnik

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

Vorwurf:

TTIP zwingt die EU den Anbau von Gentechnik-Pflanzen zu erlauben.

EU Antwort:

Der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen unterliegt dem Zulassungsverfahren gemäss EU-Recht. TTIP verändert dieses Recht nicht. EU-Länder müssen dem Anbau zustimmen. Durch TTIP ändert sich das nicht.

BUND-Kritik:

Konzerne erhalten mehr Einfluss auf die Gesetzgebung durch die Regulatorische Kooperation.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Bereich Chemikalien

USA (TSCA)

Beweislast für Gefährlichkeit eines Stoffes liegt bei Behörden

Sicherheit von 62.000 Chemikalien einfach vorausgesetzt, keine Tests vorgeschrieben

Kein Vorsorgeprinzip

EU (REACH)

Beweislast für Ungefährlichkeit eines Stoffes liegt bei Chemieindustrie

Industrie muss für mehr als 30.000 Chemikalien Informationen einreichen

Vorsorgeprinzip

- Auch bei Kosmetika Unterschiede:
1.300 verbotene Stoffe in EU, 11 in USA
- Wegen Investorklagerecht: Höhere Standards (z.B. strengere Grenzwerte für Schwermetalle in Kinderspielzeug) kaum noch durchsetzbar
- Bereits jetzt knickt EU ein: Unter anderem wegen TTIP verschleppt EU-Kommission Regulierung hormonell wirksamer Chemikalien



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Bereich öffentliche Daseinsvorsorge

- Wasser, ÖPNV, Gesundheitsversorgung, Bildung, Entsorgung: Öffentliche Daseinsvorsorge überwiegend in Hand von Kommunen/Ländern
- TTIP: Deregulierung, Öffnung von Dienstleistungen für ausländische Anbieter
- Viele Bürger lehnen das ab. Beispiel Wasser: Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ übergibt 1,8 Millionen Unterschriften gegen Wasserprivatisierung



Tierschutz

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153004.3%20Food%20safety,%20a+p%20health%20%28SPS%29.pdf

Vorwurf:

TTIP zwingt die EU zu niedrigeren Tierschutz-Standards.

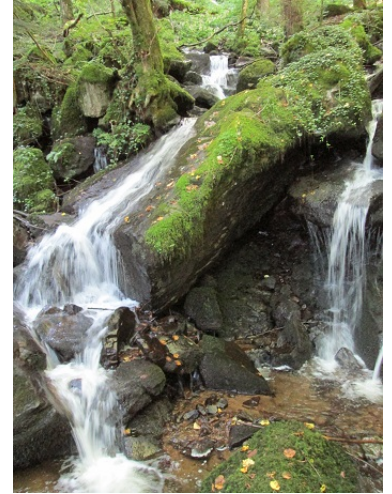
EU Antwort:

TTIP hat keinen Einfluss auf die EU-Tierschutzgesetze. Die EU will einen Dialog mit den US-Regierungsbehörden bezüglich Tierschutzbestimmungen. Unser Ziel in allen bilateralen Handelsabkommen ist den höchstmöglichen Tierschutz zu erreichen.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Es könnte so schön sein!

- ➔ Waren werden dort produziert, wo die Umwelt am wenigsten belastet wird
- ➔ Nur Waren aus fairem Handel werden gehandelt
- ➔ Unternehmen werden wirksam bestraft, wenn sie
 - gegen Gesetze verstossen
 - Landraub begehen und Leute einschüchtern
 - die Umwelt vergiften
 - Arbeiter ausbeuten
 - schädliche Produkte auf den Markt bringen
- ➔ Die jeweils besten Umwelt- und Verbrauchervorschriften werden verbindlich.



Statt dessen wird uns ein Kuckucksei ins Nest gelegt!

- ➔ Waren können ohne Rücksicht auf die Natur dort produziert werden, wo sie am billigsten sind.
- ➔ Waren können in Ländern mit den niedrigsten Löhnen und dem niedrigstem Sozialstandard hergestellt werden (Sozialdumping).
Konzerne können Staaten vor Schiedsgerichten verklagen, wenn
- ➔ Gesetze zum Schutz von Natur und der Bevölkerung gemacht werden. (?)
Klagen gegen Verstöße von Unternehmen sind aber nicht vorgesehen.
- ➔ Nicht demokratisch legitimierte übernationale Schiedsgerichte entscheiden geheim über Investorklagen gegen den Staat. Dem Staat und den Bürgern wird die Selbstbestimmung entzogen. (?)
- ➔ Privatisierungen dürfen nicht mehr rückgängig gemacht werden (?)
- ➔ Der Handelsvertrag wird ohne Bürgerbeteiligung „weiterentwickelt“,
regulatorisch Kooperation. Das heisst: **Freihandels-Falle!**

Regulatorische Kooperation: Die Demokratie wird ausgehebelt

**Rat für regulatorische
Kooperation:** Abstimmung zwischen
Behörden der USA und der EU bei
neuen Gesetzesvorhaben



GLOBAL 2000/ Brigitte Baldrían , CC BY-ND 2.0

- ➔ Wirtschaftsakteure hätten Mitspracherecht
- ➔ Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze würden noch vor dem parlamentarischen Prozess gestoppt oder abgeschwächt
- ➔ Ende des Vorsorgeprinzips in EU-Gesetzgebung?

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Regulatorische Kooperation: Ende des Vorsorgeprinzips?

(USA) Sound Science

Erst wenn zweifelsfrei belegt ist, dass ein Stoff zum Schaden führt, kann Staat Herstellung/Nutzung beschränken.

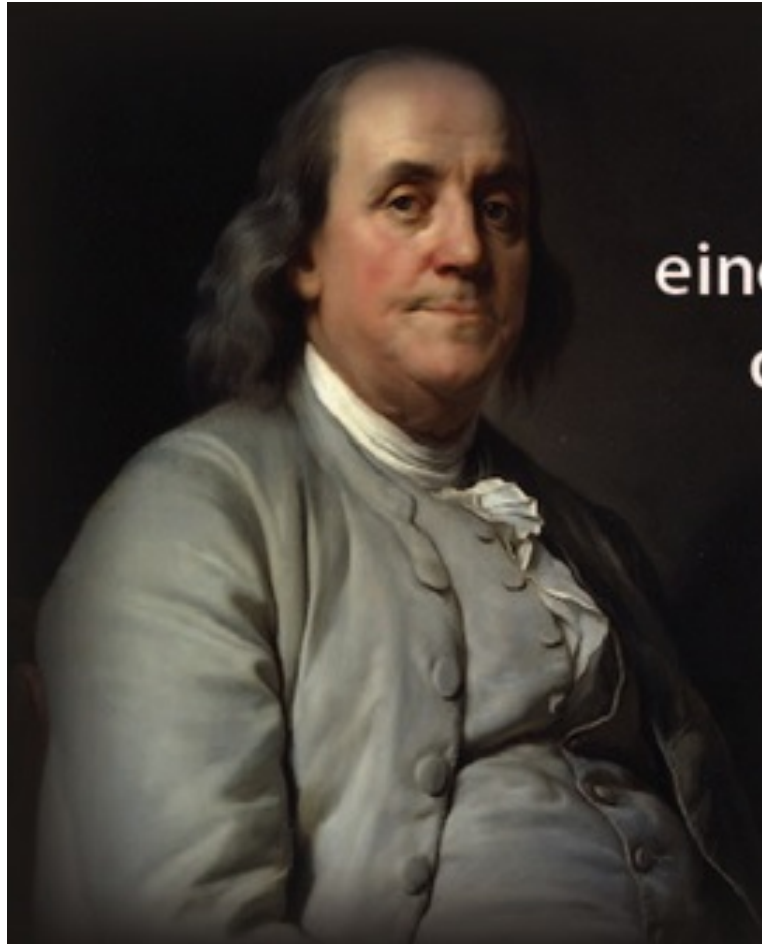
Nachweispflicht für Gefährlichkeit liegt bei Behörden

(EU) Vorsorgeprinzip

Staat hat Spielraum bzw. Auftrag, nicht nur definitiv erwiesene, sondern auch mögliche Umwelt- und Gesundheitsschäden zu bekämpfen – trotz wissenschaftlicher Unsicherheit.

Nachweispflicht für Ungefährlichkeit liegt bei Herstellern

**Beste Beispiele für Wichtigkeit des Vorsorgeprinzips:
DDT und Asbest!**



Es ist die erste
Verantwortung
eines jeden Bürgers
die Regierung zu
hinterfragen!

Benjamin Franklin
(*1706 - †1790)

In den USA, wie auch hier,
scheint uns diese Verantwortung
abhanden gekommen oder
genommen worden zu sein!

(kon)serviert von: qpress.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Fazit

BUND lehnt TTIP ab!

- Reelle Gefahr der Absenkung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards
- Investitionsschutz mit Schiedsverfahren stärkt Macht von Konzernen gegenüber demokratischen Regierungen, schränkt Gesetzgebungsprozesse ein
- Regulatorische Kooperation droht Vorsorgeprinzip weiter einzuschränken; droht Unternehmensmacht zu erhöhen
- Verhandlungen sind intransparent, massiver Einfluss der Wirtschaft
- Stopp der Verhandlungen erforderlich

BUND lehnt auch CETA ab!

- Freihandelsabkommen mit Kanada, mit ähnlichen Folgen

Fazit

Wir wollen solche Freihandelsabkommen nicht!

Wir brauchen Handelsabkommen, die die Ausbeutung von Mensch und Natur verhindern.

Wo finde ich Informationen?

- Auf unseren Seiten zu TTIP: www.bund.net/ttip
- Abonnieren Sie unseren Newsletter: www.bund.net/newsletter
- Auf den Seiten des NGO-Bündnisses gegen TTIP: www.ttip-unfairhandelbar.de

Auf den Seiten von Friends of the Earth Europe
(englischsprachig): www.foeeurope.org/EU-US-trade-deal

Erfahren Sie mehr:



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Was kann ich tun?

Engagieren:

- Wie steht Ihr*e EU-Kandidat*in zu TTIP?
BUND-Kandidatencheck zur EP-Wahl auf www.ttipcheck.eu!
- Machen Sie Freunde / Bekannte aufmerksam!
- Schreiben Sie Medien-Kommentare!
- Werden Sie Mitglied oder spenden Sie:
Für besseren Umwelt und Naturschutz in
Deutschland. Auf
www.bund.net/aktiv_werden!

Der BUND in Ihrer Nähe



C H e t g r o t e G e l d

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter den Stichworten:

BUND Umweltfilme TTIP

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



FREUNDE DER ERDE
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Kreisgruppe Bergstraße

THEMEN UND PROJEKTE | PRESSE | ÜBER UNS | AKTIV WERDEN | ÖKOTIPPS | SPENDEN | KONTAKT

[Startseite](#) > [Themen und Projekte](#) > [Umweltfilme](#) > Das Handelsabkommen TTIP: Inhalt und Auswirkungen

Handelsabkommen TTIP: Inhalt und Auswirkungen

Derzeit verhandeln die US-Regierung und die EU-Kommission das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP. Während Unternehmen und

Suchbegriff



THEMEN UND PROJEKTE

Freihandelsabkommen TTIP,
TISA & CETA